



Biertäglicher Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechshülligen Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 40. Mittag-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 24. Januar 1879.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

35. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Januar.
12 Uhr. Am Ministerialen Graf Stolberg, Falk, Maybach und mehrere Commissarien. Die Tribünen sind überfüllt, in der Loge der Feldmarschall v. Manteuffel.

Eingegangen ist vom Justizminister ein Staatsvertrag mit Lippe (wegen gemeinschaftlicher Gerichtsbezirke).

Vor der Tagesordnung erhält Abg. v. Meyer (Arnswalde) das Wort: Der Herr Präsident hat neulich erklärt, daß er nicht im Stande sei, Angriffe auf Personen zurückzuweisen, welche dem Hause nicht angehören. Diese Erklärung hat mir selbst die Pflicht auferlegt, den Ausdruck „Fechtigkeit“ und ich in Bezug auf eine außerhalb des Hauses stehende Personlichkeit gebraucht habe, nochmals zu prüfen. Ich will den Ausdruck danach nicht aufrecht erhalten. Nach meiner Auffassung muß ein Mann, der sich selbst achtet, vermeiden, Leute, die keine Mittel der Vertheidigung haben, hier mit persönlich verlebenden Bezeichnungen anzugreifen. Wenn ich das in einem Augenblick der Erregung vorgehen habe und dadurch mir selbst zu nahe getreten bin, so steht ich nicht am, hierdurch zu erklären, daß ich bedauere, jenen Ausdruck angewendet zu haben. (Beifall.)

Zunächst referiert Löwe (Berlin) über die Petition der städtischen Vertreter von Suhl um Errichtung einer Eisenbahnverbindung mit Suhl resp. Genehmigung der zum Bau der projectirten Secundärbahn Suhl-Grimmenthal in Aussicht gestellten Staatssubvention von 600,000 M. Die Petitionscommission beantragt, sie der Regierung zur erneuter Berücksichtigung zu überweisen und sie aufzufordern, die Herstellung einer Eisenbahn nach Suhl thunlich zu beschleunigen. Der Wangel der Bahn habe den Kreis Schleusingen entholpert und in Suhl mit seinen 10,000 Einwohnern einen wahren Nothstand herverursacht. Er befürwortet den, von dem Regierungspräsidenten zu Erfurt erstatteten Bericht, nach welchem die Stadt Suhl nicht im Stande sei, die andere Hälfte der Kosten mit 600,000 M. aufzubringen, und die Ansicht der Regierung, daß den Suhlern eine Vollbahn nötig sei.

Geh. Rath Syrmann: Die Regierung hat in dieser Angelegenheit noch keinen definitiven Entschluß gefaßt. Der Bericht des Regierungspräsidenten zu Erfurt vom November v. J. läßt es noch immer als zweifelhaft erscheinen, ob die Stadt Suhl eine Anleihe von mehr als 500,000 M. aufbringen kann; 700,000 M. aber kann die Regierung nicht bewilligen. Sie legt der Bahn keine große Bedeutung bei und glaubt, daß ihr eine Linie nach Nordosten wichtiger ist, als eine solche nach Südosten. Erstere würde aber 400,000 M. mehr kosten, welche das Finanzministerium zur Zeit nicht bewilligen zu können.

Handelsminister Maybach: Ich trete der Sache mit großer Sympathie entgegen, obgleich ich mit leeren Händen erscheine. Ich glaube die richtige Lösung der finanziellen Schwierigkeiten, die einer Bahn nach Suhl entsprechen, wird die sein, daß man eine durchgehende Linie herstellt, welche den Weg über Eisenach in einer so brauchbaren Weise um die Tour abkürzt, welche die Stadt Suhl berührt, eine natürliche Fortsetzung der Linie über Magdeburg nach Erfurt. Es wird aber gut sein hierauf nicht zu warten, sondern die Linie Suhl-Grimmenthal sogleich so auszubauen, daß sie einen Theil dieser großen Linie bilden kann. Die Kosten hierfür dürfte natürlich nicht die Stadt allein, sondern der Staat oder der betreffende Unternehmer tragen. Ich werde das Meinige dazu beitragen, daß die Frage in befriedigender Weise von der Tagesordnung des Hauses scheidet.

Lucius dankt dem Minister für sein Wohlwollen gegen die Stadt Suhl, die ihrerseits das Mögliche gethan habe, um der herrschenden Noth abzuhelfen.

Berger warnt dringend vor dem Project des Ministers. Es erfordert einen sehr teuren Tunnel durch den zwischen Suhl und Erfurt liegenden Thüringer Wald. Die Linie Magdeburg-Erfurt gehörte außerdem der Magdeburg-Halberstädter, und es sei sehr zweifelhaft, ob das Haus dem Anlaufe derselben gerecht zustimmen wird. An der Linie Suhl-Grimmenthal hat die Forstverwaltung ein großes Interesse, weil jetzt die großen Transportkosten zur Bahn bei der Vernachlässigung der Wege in den königlichen Forsten die Ausfuhr des Holzes nicht lohnen. Auch der Bergbau im Kreise Schleusingen würde sich in dem Maße heben, daß die Bahn rentabel würde. Die kleinen thüringischen Staaten rings um Suhl sind viel besser mit Bahnen versorgt. Der preußische Staat sollte doch im Stande sein, dasselbe zu leisten.

Der Antrag der Commission wird angenommen.

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung des vom Abg. v. Heereman eingebrochenen und vom Centrum unterstützten Antrages ein: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Staatsregierung aufzufordern, die Bevollmächtigten Preußens zum Bundesrat des Deutschen Reichs dahin zu instruieren, daß sie dem dem Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf vom 31. December 1878, betreffend die Strafgesetze des Reichstags über seine Mitglieder, ihre Zustimmung nicht ertheilen.“

Zu demselben liegt der von den Abg. Lasker, Miquel, Hanel und Birchow eingebrochene und von sämmtlichen Mitgliedern der nationalliberalen und der Fortschrittspartei unterstützte Gegenantrag vor: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: unter Ablehnung des Antrags des Abg. von Heereman zu erklären:

1) daß die bestehenden Garantien der Redefreiheit, die selbstständige Ordnung des Geschäftsganges im Parlament und der Disciplin seiner Mitglieder die unerlässlichen Grundlagen sowohl der preußischen Verfassung wie der Reichsverfassung bilden;

2) daß gegenüber dem im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf dem Deutschen Reichstag die Wahrung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte vertrauensvoll zu überlassen ist.

Abg. v. Heereman führt in einstündigem Vortrage, aus dessen Wiedergabe wir Alles ausscheiden, was durch die Presse Gemeingut geworden ist, gründlich aus, daß es bei dem Einfluß Preußens auf das Reich notwendig sei, der Regierung Kenntnis über die Stellung der Landesvertretung zu dem in Rede stehenden Gesetzentwurf zu geben, der dem Reich und dem engeren Vaterlande verderblich sei, die wichtigsten Rechte unserer Verfassung bedrohe, die Redefreiheit und Unverletzlichkeit der Abgeordneten, die Offenheit der Verhandlungen, und das Recht des Reichstages, seine Disciplin selbst zu regeln. Alle diese Rechte seien ohne Bedenken der Regierung in die Reichsverfassung getommen, nachdem seit länger als 20 Jahren die Verfassungsgeschäfts Preußens die verschiedensten Auffassungen derselben aufgewiesen habe. Im Jahre 1865 habe das Ober-Tribunal sich für die freiheitliche Auffassung in diesen Dingen ausgesprochen, während es 1866 durch seinen Beschluss in Sachsen-Westen-Freizeil die gegenseitige Auffassung constatirt und entschieden habe, daß Verleumdungen durch Abgeordnete strafrechtlich zu verfolgen seien, Beleidigungen aber nicht, eine Auffassung, von der Königin sagt, daß sie grammatisch und logisch mit dem Wortlaut der Verfassung unvereinbar sei. Die Redefreiheit der Abgeordneten sei ein von dem Wege der repräsentativen Verfassung untrennbares Ausnahmerecht. Wenn man dem Volle einen höheren Grad der Cultur und politischen Bildung zutraue, so müsse man ihm auch das Recht geben, durch seine Verträge die Handlungen der Regierung zu kritisieren. Nur dadurch komme die Stimme des Volkes in der repräsentativen Verfassung zum Ausdruck, ein Satz, den Bluntschi und Bacharach auf das Bestimmteste vertreten.

Diesem Ausnahmerecht werden seine Grenzen durch das Gefühl des Patriotismus und der Verantwortlichkeit der Abgeordneten gezogen; weitere Verhängnisse können nur durch die eigene Disciplin eingeführt werden.

In gleicher Weise sei die Offenheit und Veröffentlichung der Verhandlungen im Interesse der Regierung und des Volkes notwendig; auch in diese greife der Entwurf auf das Empfindlichste ein. Diese Rechte seien allmälig in alle Verfassungen übergegangen und die in einzelnen Staaten vorhandenen Verhängnisse fast nie in Anwendung gekommen. Die Generalisation auf England müsse als verfehlte bezeichnet werden, da dort das Verfassungsleben auf ganz anderen Grundlagen beruhe. Die englische Verfassung habe sich aus dem Gewohnheitsrecht organisch entwickelt und die Redefreiheit, welche nur einer gewissen Disciplin seitens des Hauses unter-

liege, gehe so weit, wie nur irgend möglich. Schon im 17. Jahrhundert habe die Declaration of Rights die Redefreiheit normirt und seitdem sei sie noch niemals angegriffen worden. Das englische Parlament nehme auch gegenüber der Regierung eine ganz andere Stellung ein; es habe einen richterlichen Charakter, vermöge dessen es sogar Verhaftungen vornehmen könnte, und die Majorität sei gewissermaßen Inhaberin der Verwaltungsgewalt. Es liege gar kein Grund vor, die Redefreiheit und die Offenheit der Verhandlung bei uns zu beschränken; jedenfalls sei aber der eingeschlagene Weg durchaus ungeeignet. Man halte diese Rechte nur für gefährlich, weil man sich in einer erregten und beängstigten Stimmung befindet; man male Gespenster an die Wand und fürchte sich dann selbst vor ihnen. Der Unwill der Verammlung und die Rüge des Präsidenten würden überall zur Unterdrückung von Ausschreitungen einzelner Redner ausreichen; eine directe Aufforderung zum Ungehorsam oder Aufreiz gegen den Staat mache schon die gegenwärtige Geschäftsvorordnung unmöglich. Ungemeine AngriFFE gegen die Regierung seien der betreffenden Partei gefährlicher als dem Staat; AngriFFE gegen Privatpersonen würden, wenn von dem Abgeordneten als ungerechtfertigt erkannt, zurückgenommen werden, oder es werde sich immer ein anderer Abgeordneter finden, der die Rechte des Gesetzgebers im Hause vertreibt.

Der Gesetzentwurf ordne keine Strafen für den Fall an, daß ein Redner eine Ungehorsam begebe; was aber unter diesem denkbaren und schwierigen Begriff zu verstehen, werde nicht gesagt. In der Hand der Majorität würde es liegen, die schwersten Strafen gegen einzelne Abgeordnete, selbst die Ausschließung und den Verlust der Wahlbarkeit zu verhängen, denn die Minorität würde, wenn sie auch in der Commission vertreten wäre, dennoch nicht die Mehrzahl derselben bilden; der Entwurf würde vielmehr eine Willkürherrschaft der Majorität begründen. Wie das Verbot der Veröffentlichung unbücherlicher Stellen praktisch ausgeführt werden sollte, sei nicht recht erläutert, da jeder auf den Tribünen befindliche Zuhörer in jedem Augenblicke, noch vor Constatirung der Ungehorsam, die betreffenden Stellen notirt und telegraphirt haben kann. Die Vergräffung der Wahlbarkeit auf diesem Wege sei unzulässig; wenn dem englischen Parlament ein ähnliches Recht zustehe, so sei dasselbe seit einem Jahrhundert tatsächlich ganz außer Gebrauch. Unsere Verfassung bietet nicht so gehende Garantien, um irgend welche Rechte und Freiheiten der selben anzugeben. Diese Rechte seien der Stolz aller gebildeten Nationen und es dürfe nicht den Anschein gewinnen, als ob die Regierung und die Vertreter des Volkes dächten, daß die deutsche Nation nicht mehr aus solchem Stoff sei, ihre Freiheiten selbst zu vertreten.

(Der einstündige Vortrag des Abg. v. Heereman wurde in seiner Mitte dadurch unterbrochen, daß der Abg. Wagener (Stralsund), bekannt durch seine Anträge auf Schluß der Discussion, in Ohnmacht fiel und von seinen Collegen hinausgetragen werden mußte. Im Präsidialzimmer erholt er sich bald einigermaßen. Von den zwölf Aerzten, die das Haus unter seinen Mitgliedern zählen, waren sofort fünf zur Hand.)

Zum Worte melden sich gegen den Antrag: Lasker, Hanel, Rickert, Richter (Hagen), v. Minnigerode und Braun, für denselben Windhorst (Meppen) und Lieber.

Vizepräsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg: Ich habe mir schon jetzt das Wort erbeten, weil ich glaube, daß es zur Klärung beitragen könne, wenn ich eine Bemerkung über die Stellung der Regierung beim Beginn der Discussion mache. Die Frage, ob es als zweitmäßig zu betrachten ist, über Entwürfe von Reichsgesetzen, die bereits dem einen Factor der Reichsgesetzgebung vorliegen, schon vorher im preußischen Landtag ein Votum abgezogen, werden Sie selbst durch Ihre Abstimmung beantworten. Was die Stellung und Auffassung der Staatsregierung betrifft, so hält sie es für nicht angemessen oder zulässig, über Entwürfe von Reichsgesetzen, welche der Discussion des Bundesrates bereits unterliegen, sich außerhalb derselben zu äußern. Namens der Staatsregierung habe ich darüber die Erklärung abzugeben, daß falls man hier Neuerungen der Regierung erbitten sollte, dieselbe es ablehnen müsse, auf eine Erklärung über den Inhalt des Gesetzentwurfes und ihrer Stellung zu demselben einzugehen.

Abg. Stengel (freikonservativ) beantragt, über den Antrag von Heereman zur Tagesordnung überzugehen. Nach der Geschäftsführung erhält nur ein Redner für, einer gegen den Antrag das Wort.

Abg. Stengel will mit seinem Antrage dem Hause eine langwierige Discussion ersparen, durch welche für die Wohlfahrt des Landes doch nichts Ersprechliches erzielt werde. (Sehr richtig! rechts.) Er und seine Freunde seien bereit, die constitutionellen Rechte zu vertheidigen, aber an dem Orte, wohin diese Angelegenheit gehört, nämlich im Reichstage, falls ihm der bekannte Entwurf oder ein anderer vom Bundesrat zugehen sollte. Allerdings könne sich das Haus mit Gegenständen beschäftigen, die in das Gebiet der Reichsgesetzgebung fallen; aber von diesem Rechte sollte nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht werden. Lasker habe anlässlich des Antrags Schröder (Lippstadt) auf Gewährung von Diäten für den Reichstag-Abgeordneten ausgeführt, die Einzellandtage sollten sich nur dann mit Reichsangelegenheiten beschäftigen, wenn es sich darum handle, dem Reiche neue Rechte zuzuwenden. Wenn man im preußischen Landtag so kräfter Form für die constitutionellen Rechte des Reiches eintrete und dem Hause zumuthe, der Regierung Instructions zu ertheilen, so gebe man damit den übrigen Landtagen ein ables Beispiel. (Sehr richtig! rechts.) Selbst die von anderen Parteien eingebrachte motivirte Tages-Ordnung stelle sich dem Antrage von Heereman nicht schärfer genug entgegen, der nicht einmal die Ehre einer eingehenden Discussion verdiente. (Widerspruch!) Sie wende sich allerdings gegen ihn, folge aber seiner Intention, indem sie einen Gegenstand der Reichsgesetzgebung zur Discussion bringe. Man sage nicht, daß es sich um einen wichtigen Gegenstand, um ein Attentat auf die Redefreiheit handele. Dann könne man hier auch über den Solitär, über das Tabak-Monopol &c. debattiren, und zu welcher Verwirrung würde es führen, wenn alle Abgeordneten und Herrenhäuser samten den Bürgerschaften der freien Städte alle Fragen zum Schaden der großen Discussion im Reichstage vorweg discutiren wollten? zu einer Verwirrung ohne Gleichen, wie der Abg. Lasker sagte.

Die Regierung mag im Bundesrat nach eigener Verantwortlichkeit abstimmen und dem Reichstag kann man es vertrauen, daß überlassen, seine Rechte und Freiheiten selbst zu wahren, er bedarf der Womundshaft des preußischen Landtages nicht. Die Annahme des Antrages würde ein Mißtrauensvotum gegen den Reichstag sein. Ueberdies gestatte die bedrangte Geschäftslage des Hauses nur einen kleineren Theil der preußischen Angelegenheiten zu erledigen. Da sollte man mit Stunden und Minuten gezien und sich nicht mit Dingen beschäftigen, die besser anderwärts erledigt werden können. Wenn das Centrum Woche für Woche den Tag, der zur Beratung von Petitionen bestimmt ist, zu aufregenden Diskussionen in Anspruch nimmt und die Petitionen den Petenten mit dem Bescheide zurückgeben: „Wegen Schlaf der Session nicht berathen“, dann wird das verfassungsmäßige Petitionsrecht illusorisch gemacht. Darum empfiehlt es sich, den Antrag v. Heereman in der kürzesten Weise, welche die Geschäftsführung gestattet, nämlich durch einfache Tagesordnung, zu erledigen.

Abg. Lieber (gegen die Tagesordnung): Warum hat Herr Stengel das Moment der Geschäftslage nicht gestern bei Feststellung der Tagesordnung geltend gemacht? Es handelt sich um die Garantien der Redefreiheit und die selbstständige Ordnung des Geschäftsganges, um die Grundlagen, sowohl der preußischen, wie der Reichsverfassung. Oder hat Herr Stengel überhaupt, daß Heereman ausdrücklich von dem Rücklage auf die preußische Verfassung gesprochen hat? Bereits sind in der württembergischen und bayerischen Kammer ähnliche Anträge angenommen worden, also ist es geradezu eine Ehrensache für das Haus, mindestens der Discussion freien Lauf zu lassen. Wenn Herr Stengel den Antrag der Liberalen eine motivirte Tagesordnung genannt hat, so werden sie ihm das Gebührende antworten; wenn er aber unseren Antrag einen „krassen“ genannt hat, so verdient eher der fragliche Gesetzentwurf die Bezeichnung (Sehr richtig!). Ist unser Antrag wirklich krass, so ist das nur die Anwendung des alten deutschen Sprichworts vom Kloß und Keil. (Sehr richtig!) Eine Womundshaft über den Reichstag wollen wir nicht ausüben, ihm auch kein Misstrauen-

votum ertheilen; er bleibt unabdingig in seiner Entscheidung und unser Votum kann das seine nur stützen. Das es ein so entschlossener Particularismus sei, wenn ein derartiger Gegenstand in einem Einzellandtag discutirt wird, kann ich nicht anerkennen. Der Reichskanzler selbst hat 1867 erklärt, daß jede Regierung eines Einzelstaates für ihre Stimmabgabe im Bundesrat den Einzellandtagen verantwortlich sei. Wenn irgendwo Anlaß zum Gebrauch dieses Rechtes war, so ist es der vorliegende Fall, wo die Vorlage des Reichskanzlers sich mit den wesentlichen Grundlagen des Constitutionalismus in Deutschland überhaupt beschäftigt. Lehnen Sie den Antrag auf einfache Tagesordnung ab. (Sehr richtig!)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Stengel auf Tagesordnung mit 299 gegen 68 Stimmen abgelehnt; ein Mitglied entfällt sich der Abstimmung.

Die Discussion über den Antrag Heereman nimmt also ihren Fortgang.

Abg. Lasker: Die Discussion über den Antrag auf einfache Tagesordnung hat nicht dazu geführt, die Geschäfte des Hauses zu entlassen. (Sehr richtig!) Die vom Abg. Stengel citirten Neuheiten, die ich einst über die Einigung in Reichsangelegenheiten trat und heute noch aufrecht erhalte, geschahen bei Gelegenheit eines von uns eingebrachten Antrages auf motivirte Tagesordnung, in welchem wir uns also die materielle Discussion des Reichsangelegenheiten vorbehielten. Der Abg. v. Heereman hat die Sache in so ruhiger und sachgemäßer Weise behandelt, daß er sich die Zustimmung der Volksvertreter erwerben mußte, daß ich setz' Beispiel folgen will. Ich gebe ihm zu, daß die Redefreiheit so zu dem Weise parlamentarischer Verfassung gehört, daß sie dieser ihre Wahrheit nehmen, wenn Sie jene beschränkt, und daß der im Bundesrat eingebrachte Antrag von der Redefreiheit nur den Schein bestehen lassen will. Der Antragsteller hat sogar nur einen Theil der gegen diesen Entwurf zu machenden Einwendungen hier vorgebracht. Aber eine Discussion dieser Einwendungen hier würde die Spannkraft der Verhandlungen im Reichstage schädigen. Deshalb will ich auf derselben hier nicht eingehen, mag auch das Bedürfnis vorhanden sein, die Aufmerksamkeit in Deutschland auf diese Angelegenheit zu lenken. Ich habe den gesetzlichen Gesetzentwurf mit großer Ruhe aufgenommen, weil ich überzeugt bin, daß er im Reichstag niemals zum Gesetz gemacht werden wird. Ein Reichstag, der im Stande wäre, auf diese Weise die Redefreiheit aufzugeben, würde selbst das Ende des parlamentarischen Wesens in Deutschland indizieren, und wäre eine solche Majorität im Reichstage möglich, dann würden auch alle Beschlüsse, die wir hier fassen, imitatislos sein. Der Antrag des Reichskanzlers hat auch nicht einmal im Wege der Agitation den uns feindlichen Tendenzen Vorschub geleistet; ich glaube wahrgenommen zu haben, daß er im Volle keinen Anfang gefunden hat und die Stimmen, welche behaupten, der Eigentümer dieses Antrages selbst der Einbringung derselben schon so halb und halb, beweisen, daß der Einbringung derselben die Fühlung mit dem Volle nicht vorhanden gewesen ist.

Ich gebe ferner zu, daß wir das Reichsgesetz nicht einen Tag haben würden, ohne daß man die Einzellandtage Deutschlands mit einem gleichen Gesetz bestürmen würde, und daß wir keinen Widerstand leisten könnten. Denn was der Staatsmann, der sich auf das allgemeine Stimmrecht stützt, diesem zunutzen wird, wird er auch den aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgegangenen Verfassungen zunutzen. Ich habe aber keinen Grund, weshalb wir an die preußische Regierung das Eruchen richten sollen, ihre Bevollmächtigten beim Bundesrat zu instruieren, daß sie gegen das Gesetz stimmen. Unsere äußere Berechtigung hierzu hat der Reichskanzler selbst festgestellt, indem er erklärt, daß die Boten der einzelnen Regierungen unter particularrechtlicher Verantwortlichkeit der einzelnen Landesvertretungen stehen. Aber durch eine solche Instruktion übernehmen wir die Verantwortlichkeit für Regierungsakte, und ich schaue mich unser Verhältnis zur Regierung auf diese Weise umzukehren. Es kann Fälle der Gefahr geben, in denen man mit der Wirklichkeit des Parlaments in dieser Weise einzutreten sucht; aber ich controlliere dann, ob solche Seiten der Gefahr vorhanden sind. Ich dogmatise nicht den Satz, daß es nicht richtig wäre, mit Beschlüssen dem Reichstag vorzugreifen, aber ich für meine Person hätte mich, es zu thun und schließe es als Regel aus, weil ich mir vergebliche Bewirrung das Durcheinander der Beschlüsse in den Einzellandtagen hervorruft, würde, wenn es gehandhabt würde. Ist denn das Verhältnis zwischen uns und der Regierung dazu angehalten, uns mit Instruktionen an sie zu wenden? In Baiern ist selbst die liberale Partei mit einem Antrage vorgegangen, wie er hier vom Centrum eingereicht ist. Über dort hat es eine liberale Partei gehabt, die sich mit ihrer liberalen Regierung in Fühlung befindet und auf ihre Beschlüsse Einfluß hat. Gerauern wir uns denn zu, daß wir mit unseren Beschlüssen auf die gegenwärtige Regierung Einfluß ausüben? (Sehr richtig! Heiterkeit links.) Es ist eine Regierung, welche, soweit die Beschlüsse der Majorität von ihren eigenen abweichen, sich sehr wenig um diese Fragen kümmert. (Ruf rechts: Um so schlimmer.)

Glauben Sie denn, daß ich nicht weiß, die preußische Regierung wird so beschließen, wie der Reichskanzler in seiner directiven Politik von ihr verlangt? Und glauben Sie denn, daß, wenn Sie den Besch

sonderbare Erfahrungen gemacht, und während wir hier über die einfache Tagesordnung verhandelten, hat mein schares Ohr allerlei Bemerkungen gehört, welche beweisen, daß so ganz gewiß, wie Herr Lasker meint, die Sache nicht ist. Warum wollen Sie unseren Antrag nicht annehmen? Nur weil das Centrum ihn gestellt hat. (Widerspruch links.) Denn in Bayern haben die Liberalen fast wörtlich denselben Antrag gestellt. Aus den Deductionen des Abg. Lasker folgt, daß er für seinen eigenen Antrag nicht stimmen darf. Er erläßt ein offenes Schreiben, während das unselige direkt an die Regierung gerichtet ist. Auch sein Antrag ist aus denselben Gründen, die er gegen den unserigen gerichtet hat, nicht angemessen. Ist er materiell gleichbedeutend mit dem unserigen? Das ist mir zweifelhaft, nach seinen Neuflüglerungen schien es der Fall zu sein. Über die Fassung derselben ist mit solcher Sorgfalt mit den Geschwistern vom Fortschritt vereinbart, daß ich mir dieselbe genauer ansehen muß. Da finde ich, daß er jedem Compromiß im Reichstage die Thür offen hält. Auch der Verfasser der Vorlage, auch der Bundesrat, auch die Conservativen werden die Rechtefreiheit für eine Grundlage der Verfassung erklären, es fragt sich nur, was Rechtefreiheit ist. (Heiterkeit.) Ein einziges Wörterchen in dem Antrage beruhigt mich, es heißt in demselben: bestehende Garantien. (Abg. Hänel: Sehr richtig!)

Es wird jedoch auch da in Frage kommen, welche Garantien gemeint sind, auch hierin läßt der Laskersche Antrag jeder Verhandlung Raum. Im zweiten Theile desselben ist nicht gefragt, man werde den formulirt vorliegenden Entwurf ableben, sondern man sagt vorsichtig, man werde ihm gegenüber das Nötige wahren. Bei dem weitgehenden Compromiß werden Sie immer sagen, Sie hätten das Nötige gemacht. Unser Antrag ist dem gegenüber klar, wir werden uns widersprochen haben, wenn wir irgend eine Bestimmung jenes Entwurfs annehmen würden; das würde bei Ihnen nicht der Fall sein. Das ist die materielle Differenz zwischen den beiden Anträgen, ich kann deshalb für den Laskerschen nicht stimmen. Ich glaube die Herren vom Fortschritt sind diesmal reingefallen. (Heiterkeit.) Ich werde es mit Freude begrüßen, wenn der Abg. Hänel seinen Antrag anders interpretiert und klarstellt, daß er den dem Bundesrathe vorliegenden Entwurf mit seinen exorbitanten Bestimmungen durchaus nicht will. Ich habe eine solche diplomatische Interpretation gemacht, um eine andere zu provociren. Unser Antrag ist in genauer Füllung mit dem Volle gestellt, wir verstehen das sehr gut, denn wir sind ganz außerhalb des Salons, im Antichambre, während Sie noch im Salon sich befinden. Als Zeugen kann ich die Liberalen Bayerns aufrufen, welche unsern Antrag fast wörtlich abgeschrieben haben. Die Zulässigkeit, daß sich die Einzellandtage mit den Reichsangelegenheiten befassen können, kann nicht bestritten werden, weder der Abg. Stengel noch der Abg. Lasker hat es gethan, sondern scheinbar nur die Regierung. Daß die Minister für ihr Votum im Bundesrathe ihren Particularlandtagen verantwortlich sind, hat Fürst Bismarck und der bayerische Minister v. Lutz anerkannt; die Staatsrechtslehrer sind mehr oder weniger derselben Meinung. Womit motiviert also die Regierung die Unzulässigkeit unseres Antrages? Etwas weiß der Entwurf schon dem Bundesrathe vorliegt? Er ist aber nur in diesem Stadium möglich, weil wir doch nicht wissen können, was die Regierung in petto hat.

Zudem ist die Einbringung einer Vorlage im Bundesrat nur eine präparative Maßregel, die selbst den Einbringenden nicht bindet, wenn in der Discussion Material gesammelt wird, welche ihm zeigt, daß er einen Fehler gemacht hat. Der Entwurf ist ferner durch das Reichspräsidium an den Bundesrat gebracht, nicht durch Preußen. Deshalb kann das preußische Ministerium ihm gegenüber noch vollständig freie Hand behalten. Wir werden ja nicht erfahren, ob der Reichskanzler vorher etwas von seinem Vorhaben seinen preußischen Collegen mitgetheilt hat, wenngleich ich es für angemessen halten würde, wenn es geschieht werde. Der Abg. Lasker meint, unser Antrag sei wohl prinzipiell zulässig, aber nicht angemessen. Darüber läßt sich streiten, angemessen ist ein relativer Begriff. Ich gestebe zu, daß der Particular-Landtag nur in äußersten Notfällen in den gezeigten Gang der Reichsgesetzgebung eingreifen darf, aber ich behaupte, ein solcher Notfall liegt hier vor, wo es sich um die Grundlagen der Reichs- und der preußischen Verfassung handelt. Reichstag und Abgeordnetenhaus stehen in so naher Verbindung, daß man, wenn es im Reichstag brennt, nach allen Regeln der Leichtwissenschaft (Heiterkeit) im Abgeordnetenhaus Vorsorge treffen muß, daß der Brand von dort nicht hierher sich übertrage. Ich bitte Sie im Interesse der hohen und wichtigen Fragen, um die es sich hier handelt, sagen Sie klar und bestimmt Ihre Meinung, wie Sie über die Vorlage denken, daß Sie sie unter keinen Umständen und in keinem Punkte annehmen wollen. Wir wollen nicht zu den Todtengräbern des Parlamentarismus gehören, thun Sie es auch nicht, werfen Sie alle Diplomatie bei Seite und stimmen Sie für unseren Antrag. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hänel: Wenn Sie die letzten Worte des Abg. Windhorst in einer antragsmäßige Sprache übersetzen, so haben Sie unseren Antrag. Der Abg. Heereman hat seinen Antrag in vollkommen sachgemäßer Weise behandelt; andere, höhere Gesichtspunkte herzuheben, wollen wir der Debatte im Reichstage gern überlassen. Der Vorredner hat unseres Antrage vorgeworfen, er sei in seinem Wortlaut nicht vollkommen sicher gestellt. Ich hätte nur gewünscht, daß er dieselbe scharfe Kritik auch auf den Centrumsantrag angewendet und den Nachweis geführt hätte, daß nicht auch dort die nämliche Unschärfe gefunden werden könnte. Könnte nicht etwa daran, daß sich jener Antrag ausdrücklich auf den Gesetzentwurf vom 31sten December v. J. bezieht, gefolgt werden, daß die Centrumspartei einzigt und allein diesen Entwurf, nicht aber jeden anderen Art für unannehmbar halte? Eine solche Methode, die Ihren eigenen Urheber schlägt, sollte gegen bona fide gestellte Anträge nicht angewendet werden. Wir haben von „bestehenden Garantien“ gesprochen, weil es sich um die in der Verfassung des Deutschen Reiches niedergelegten Garantien handelt. Nach Artikel 29 der Verfassung rechnet sich zu diesen Garantien an erster Stelle das Recht des Reichstages, ausschließlich über sein Haushrecht zu befinden. Wenn wir daran festhalten, so folgt daraus, daß wir jeden derartigen Gesetzentwurf, welchen Inhalt er auch habe, unabdingt verwerten werden, denn er durchbricht an sich bereits die bestehenden Garantien der Rechtefreiheit. Diese Verwerfung ist in unserem Antrage so klar ausgesprochen, wie sie nur ausgesprochen werden kann und ich rufe die Herren vom Centrum auf zu Richten für den Fall, daß wir von Form und Inhalt dieser Resolution im Reichstage oder hier abweichen und nebst Ihr Verdammungsurtheil an, wenn das geschieht, was der Abg. Windhorst ohne Grund uns zuschiebt. Die Gründe des Abg. Lasker sind nicht formaler Natur, sondern vollkommen durchschlagend und die Berufung auf die bairische Kammer beweist gegen Herrn Windhorst. Die bairische Kammer steht einem Ministerium gegenüber, dem ganz und gar nicht präjudiziert ist. Ist das aber bei uns der Fall?

Wie kann das Centrum glauben, daß das jehige preußische Staatsministerium sich in Widerspruch setzen würde mit der Directive des Reichskanzlers! Ich habe doch sonst von dem Abg. Windhorst öfter den Vorwurf gehabt, daß das Ministerium sich in einer untergeordneten Stellung dem Reichskanzler gegenüber zeige. Wenn wir also in der Materie mit Ihnen eines Sinnes sind, weshalb wollen Sie denn auf Ihren Schein bestehen, und dadurch die vorhin schon konstatierte Majorität abschwächen? In Bezug auf die Competenzfrage ist vom Abg. Lasker ein principieller Widerspruch nicht erhoben worden, sondern er hat nur gemeint, das Haus müßt von seinem Rechte einen äußerst mäßigen Gebrauch machen. Ich habe eine noch viel strengere Enthaltungsfreiheit geübt, als der Abg. Lasker; aber ein solcher Gegenstand konnte, nachdem er einmal angeregt war, nicht mit Stillschweigen übergangen oder durch Tagesordnung erledigt werden. Denn der Gesetzentwurf des Reichskanzlers hat den Beweis erbracht, daß man nicht reactionären Gelüsten nachgehen kann in inneren Organisationsfragen in Wirtschafts- und Zollpolitik, ohne daß man am letzten Ende doch auf dem Punkt ankommt, wo man zum Angriff gegen constitutionelle Rechte übergeht. (Sehr wahr!) Diese Vorlage ist ein Symptom, wie wenig der constitutionelle Geist in unsere Regierung, besonders in die Spitze derselben eingerungen ist. Ist denn die Verfassung etwas, was man wie einen alten Rad austießt und täglich betrachtet, ob man nicht etwas daran ändern kann?

Weshalb will man denn jetzt auf einmal drei Artikel derselben ändern? Diese Methode der Politik muß den Rechtsstaat erütteln, und Mißmut und Mißtrauen bei allen politischen Parteien verbreiten. Die Vorlage hat zwei Vorgänger, einen aus dem Jahre 1850, als es sich um den Art. 84 handelte und dann die ganze Summe der Gegegenwürfe, welche im Herrenhause vorgelegt worden sind, als es sich darum handelte, den Verfassungsartikel gegenüber der Interpretation des Obertribunals in seiner wahren Bedeutung wieder herzustellen. Fürst Bismarck hat den Entwurf nicht erstanden, er ist das wahre Kind des preußischen Herrenhauses. Fürst Bismarck hat ihn nur adoptirt und ein solches Adoptivkind preußischen Ursprungs in unsere Reichsverfassung einzuführen, ist eine Zumutung an den gefundenen politischen Sinn und an das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes, wogegen man stets entschieden protest einlegen muß, wo man Gelegenheit findet. Das soll unser Antrag thun, das ist sein wahrer Sinn trotz der Interpretation des Abg. Windhorst. (Beifall links.)

Abg. Windhorst (Meppen) als Mittrittsteller: Ich habe mich über meine heutige Rede gefreut, weil sie den Abg. Hänel zu prächtigen Erklärungen veranlaßte. Er hat mich und meine Freunde als Richter angerufen; ich accepire dieses Amt. Ohne die Erklärung Hänels hätte ich dabei bleiben müssen, daß die Fassung des Antrages Interpretationen zulasse. Wenn man sagen wollte, daß der Entwurf unannehmbar sei (Sehr richtig! links.) — ich bitte das „Sehr richtig!“ zu constatiren — so ist damit ein Theil unseres Antrages erreicht; aber nicht der zweite praktische Theil. Ein allgemeines Misstrauen gegen die Regierung besteht bei uns nicht, sondern nur in einzelnen Fällen, und wir vertrauen, daß in diesem Falle unser Votum auch auf die gegenwärtige Regierung einen Eindruck machen könnte. Eine Volksvertretung soll der Regierung gegenüber die richtigen Ansichten aussprechen, auch dann wenn sie erwarten kann, daß dieselbe nicht Folge leisten werde; ihre Verantwortung ist um so größer, wenn sie gewarnt, aber die Zeit der Abrechnung wird kommen.

In der Abstimmung wird darauf der Antrag Lasker u. G. gegen die Stimmen des Centrums und der Conservativen angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Abends 7½ Uhr. (Technisches Unterrichtswesen.)

425 78 316 35 74 664 723 35 (300) 60 (300,000) 70 925 29 65 (300) 59,008 107 216 64 314 15 76 81 437 44 94 584 640 (300) 82 (300) 87 93 729 45 805 52 62 66 75 964.
60,033 120 214 43(1500) 78 93 317 26 34 55 403 69 99 554 68 632 748 806 63 926 24 38 84 **61,036** 78 134 60 76 93 97 (300) 283 306 487 542 84 633 58 68 80 726 860 937 39 68 97 **62,026** 59 65 73 74 108 18 67 276 84 343 51 60 62 65 472 565 86 666 87 753 63 839 901 27 29 **63,036** 127 71 85 218 53 56 300 48 49 61 533 45 602 9 488(3000) 519(600) 61 81 607(600) 76 725(300) 53 90 835(300) 55 (300) 913 **64,111** 12 49 63 65 201(300) 52 62 70 314 58 91(300) 499 523(3000) 82 642 730 838 94(3000) 955 **65,058** 62(300) 88 126 28(300) 60 203(300) 69 334 68 69 92(600) 415 21 31 503 8 36 618 76 77 702 7 31 807 16 28 45 992 99(600) **66,028**(3000) 63 77 (300) 93 128 67 81 200 61 332 39 48 58 448 91 533 45 602 9 17(1500) 48 753(1500) 64 83 818 53(1500) 62 80 930(3000) **67,042** 61 116 76(300) 201 17 66 375 77 99 484 581(300) 711 30 70 828 63 929 96 **68,056** 80 149 71 219(600) 310 70 443 575 679 758 806 38 94 78 980(600) **69,005** 64 80 126 86 249(300) 341 58 74(300) 423 538 698(600) 700 34 45 848 51 67 947.

70,033 87 206 (600) 13 55 88 92 412 518 (1500) 33 39 63 601 (600) 812 23 25 939 **71,013** 28 84 120 (1500) 254 85 (300) 301 409 17 (300) 42 (300) 70 86 549 633 55 (300) 725 37 39 48 810 27 63 71 88 (300) 981 **72,077** 148 65 81 202 (3000) 24 53 96 510 36 (600) 76 77 78 610 (300) 92 707 817 72 971 **73,011** (300) 22 26 57 77 86 151 57 83 201 55 58 67 (300) 323 445 71 500 32 64 615 24 (600) 62 (600) 69 96 773 917 56 74 (300) 78 **74,009** 85 116 33 69 200 35 438 87 562 94 621 (600) 65 84 702 837 911 64 90 75,049 101 14 213 24 30 53 66 (300) 381 442 (1500) 52 77 (600) 516 19 27 42 60 68 663 64 78 81 762 87 896 943 79 80 **76,055** 94 166 72 271 303 60 88 400 567 634 59 (300) 89 (300) 836 48 (300) 65 919 (3000) **77,046** 56 (300) 176 201 6 73 77 379 91 92 404 (1500) 8 (300) 522 94 (600) 657 754 836 839 904 **78,062** 126 216 25 66 355 65 471 97 582 85 640 744 838 39 57 931 **79,028** 32 74 (300) 298 335 80 (600) 423 25 522 91 (300) 630 766 814 981 89.

80,148 (3000) 60 263 336 76 408 18 57 93 510 28 641 881 91 942 **81,030** 105 26 28 (600) 78 90 241 74 (1500) 78 321 441 579 (3000) 645 74 88 872 956 (3000) **82,250** (300) 376 472 504 600) 632 52 784 856 929 (3000) 74 (1500) 95 **83,041** 44 129 201 8 49 (600) 76 398 447 539 699 (300) 719 52 (300) 840 94 828 (300) 99 909 28 35 68 (600) **84,007** 9 32 84 (300) 146 65 79 249 94 309 423 60 594 (300) 726 55 97 (300) 801 3 17 944 57 62 **85,053** 135 241 (300) 62 77 384 98 429 79 85 98 552 686 737 834 89 98 (1500) 910 43 57 66 96 **86,087** (300) 159 262 300 38 48 92 96 479 501 12 63 78 699 714 16 70 805 955 (600) 60 81 **87,009** (3000) 81 92 145 78 225 47 52 85 307 19 81 83 411 23 (1500) 38 93 521 (600) 61 633 44 (600) 50 56 68 83 (300) 704 30 32 35 48 92 931 88,007 8 28 139 82 271 96 353 492 511 15 66 615 83 722 26 37 85 803 73 **89,048** 60 155 71 273 301 36 62 556 704 24 40 800 1 48 919 46.

90,040 54 116 225 364 72 73 (1500) 421 63 554 (3000) 612 747 808 96 99 (3000) 959 82 92 **91,011** 24 79 103 (1500) 11 12 (300) 14 27 203 41 92 350 88 450 74 533 (300) 689 944 (120,000) **92,025** 49 53 68 152 74 84 262 64 73 399 (1500) 424 39 42 72 510 (3000) 53 636 (300) 48 58 79 710 17 (300) 36 39 922 **93,021** 79 112 85 96 332 72 474 500 606 26 88 96 (1500) 99 720 26 66 815 920 32 34 **94,013** (600) 48 150 51 214 (300) 16 19 (1500) 31 87 326 71 402 (600) 97 508 (600) 637 39 (600) 44 90 730 800 46 (600).

○ Berlin, 23. Jan. [Das Arbeitsprogramm für den letzten Abschnitt der Landtags-Session. — Telegraphen-Vertrag zwischen Deutschland und England.] Die vorläufigen vertraulichen Besprechungen über die Weiterführung der Sessionarbeiten geben der Aussicht Raum, daß die nothwendigsten Aufgaben bis zum 20. Februar erledigt werden können, vor Allem der Staatshaushalt-Stat und die Justizgesetze; weiter wohl nur einige Entwürfe, deren Erledigung keine Schwierigkeiten macht. Dies dürfte namentlich mit den Vorlagen des landwirthschaftlichen Ministeriums der Fall sein, über welche bereits in der Commission eine Verständigung fast vollständig erreicht ist. Auch im Bezug auf das Gesetz über die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst waltet sowohl bei der nationalliberalen Fraction wie bei der Regierung der Wunsch ob, sich zu verständern, und man darf daher die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß derselbe erreicht wird. Dagegen wird das Communalsteuergesetz ungeachtet der bedeutenden Fortschritte, welche die Verständigung auch auf diesem Gebiet gemacht hat, wohl nicht mehr zur Erledigung gelangen können. Man erwartet die Erstattung des Generalberichts der Budget-Commission, welcher namentlich durch die Beilagen ein umfassendes Opus werden dürfte, noch vor Ablauf dieses Monats. Die Berathung darüber wird dagegen nicht vor dem 3. Februar anfangen können; bis dahin werden voraussichtlich alle Justizgesetze und die früher erwähnten anderen Vorlagen durchberathen sein. — Wie seiner Zeit gemeldet, ist seit dem 1. Januar ein neuer Telegraphen-Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien in Kraft getreten. Der neue Vertrag unterscheidet sich von den früheren Bestimmungen durch die Einführung des Wettarifs und durch eine überall ermäßigte Taxe. Es zeigt sich, daß der Nutzen des neuen Tariffs seitens der Handelswelt, welche mit Großbritannien einen so lebhaften Verkehr unterhält, auf das Deutlichste empfunden wird.

= Berlin, 23. Januar. [Der Reichshaushalt-Stat in den Bundesraths-ausschüssen. — Die Reichstags-Disciplinar-Vorlage.] In den zufehrenden Ausschüssen des Bundesraths hat man bereits angefangen, sich mit dem Reichshaushaltsetat zu beschäftigen. Nach der bisherigen Praxis ist weder in den Ausschüssen noch im Plenum des Bundesraths eine erhebliche Beanstandung der Etatsansätze vorgekommen, somit wird es sich leicht ermöglichen lassen, die Etatsberathung so zu fördern, daß der gesammte Reichshaushaltsetat dem Reichstag bei seinem Zusammentritt wird zugänglich gemacht. Einstweilen gilt überall der 12. Februar als Bezugstermin. Bis dahin wird denn auch im Bundesrath ein Beschuß über den Entwurf, betreffend die Disciplinarregelung des Reichstags, gefaßt sein, denn es

Architekten und Ingenieure auf Aufhebung der Verfügung des Handelsministers, wonach Abiturienten der Gewerbe-Schulen mit neunjährigem Cursus zu Staatsprüfungen im Ingenieur- und Hochbaufach zugelassen werden können, unter Anerkennung des vom Handelsminister beschrittenen Wegs zur Tagesordnung überzugehen. Das Haus genehmigte sodann den Rest des Capitels unverändert.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.]
Der „Männer-Gesang-Verein“ in Werda.

[Marine] Von S. M. gedeckten Corvette „Bismarck“, 16 Geschütze, Commandant Cord.-Capt. Deinhard, sind Nachrichten d. d. Montevideo, 22. Januar c., eingetroffen.

Köln, 23. Jan. [Zugverspätung.] Die englische Post vom 22. d.
früh (plärrmäßig in Verviers um 8 Uhr 21 Min. Abends) ist ausgeblieben.
Grund: Verspätung des Zuges von Ostende.

Dresden, 23. Jan. [Der Kronprinz Erzherzog Rudolf von Österreich] ist heute früh 9½ Uhr hieselbst von Prag eingetroffen und wurde am Bahnhofe vom dem Könige und dem Prinzen

getroffen und wurde am Bahnhofe von dem Könige und dem Prinzen Georg empfangen. Zu seiner Begrüßung waren daselbst anwesend der österreichische Gesandte mit dem Personal der Gesandtschaft, der Attaché der kaiserlichen Botschaft in Berlin und der dortige österreichische Militärbevollmächtigte Fürst Alois von Liechtenstein, sowie der Kriegsminister v. Fabrice mit der Generalität und den Stabsoffizieren. Vor dem Bahnhofe war die Ehrenwache aufgestellt, deren Front der König mit dem Kronprinzen abschritt, worauf der Vorbeimarsch erfolgte. Der König Albert trug die Uniform seines österreichischen Dragoner-Regiments, der Kronprinz Rudolf die Uniform seines österreichischen Regiments mit dem großen Bande des Ordens der sächsischen Rautenkronen. Die Abfahrt nach dem königlichen Schlosse erfolgte unter den Hochrufen der vor dem Bahnhofe zahlreich versammelten Bevölkerung. Nach dem „Dresdener Journal“ hat Kronprinz Rudolf im Laufe des Vormittags den königlichen Majestäten und dem Prinzen und der Frau Prinzessin Georg Besuch abgestattet und Nachmittags mehrere Kunstsammlungen besichtigt. Zu der königlichen Tafel ist außer der Suite des Kronprinzen und dem sächsischen Ehrendienst auch der hiesige österreichische Gesandte mit dem Legations-Secretär von Biegeleben und der f. f. Militärbevollmächtigte in Berlin, Fürst zu Liechtenstein, geladen. Abends wird Kronprinz Rudolf einem Hofhalle bei den königlichen Majestäten beiwohnen.

D e s t r e i c h.

Wien, 23. Jan. [Vorkehrungen gegen die Pest.] Heute Vormittag wurden die Vorbesprechungen über die gegen das Einschleppen der Pest zu treffenden Vorkehrungen zwischen dem Commissar des deutschen Reichsgesundheitsamtes, Geh. Regierungs-Rath Dr. Finkelnburg, und dem Hofsrath Schneider und dem Sectionschef Breisky fortgesetzt. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen erst morgen Vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg, dabei sollen auch die Grundsätze für die Aufstellung eines Cordons und für die Errichtung von Quarantänen gegenüber Russland festgestellt und wegen Absendung einer ärztlichen Commission in die verpesteten Gegenden Bestimmung getroffen werden. Wie die „Presse“ hört, würde von dem deutschen Commissar Dr. Finkelnburg beantragt werden, der ärztlichen Commission von jeder beteiligten Regierung auch einen diplomatischen Vertreter beizutragen, damit den Sachverständigen alle Rechte einer diplomatischen Mission zu Gute kämen und damit der directe Verkehr mit den Regierungen ein ununterbrochener sei.

Wien, 23. Jan. [Verkehr mit Russland.] Wie die Abendblätter melden, hat die Nordbahn vom 25. d. Mis. ab den Verkehr von directen, durchgehenden Wagen zwischen Wien und Warschau via Granica mittelst der Eilzüge Nr. 1 und 2 und der Personenzüge 11 und 12 eingestellt.

Provinzial - Zeitung.

B. Breslau, 24. Jan. [Breslauer Credit-Verein, eingetragene Genossenschaft.] Die für den 21. d. M. nach Messergasse 24 (zum Gambrinus) berufene ordentliche General-Versammlung eröffnete der Director des Vereins, Herr Sowade um 8 Uhr Abends mit Verlesung der Tagesordnung. Der Jahres-Rechenschafts-Bericht wurde den zahlreich erschienenen Mitgliedern gedruckt eingehändigt. Herr Buchhalter Huhn gab eine allgemeine Uebersicht der Verhältnisse des Vereins im abgelaufenen Geschäftsjahre. Nach 11jährigem Bestehen ist endlich ein eigenes Geschäftslokal beschafft worden, dasselbe befindet sich Neuschestrasse 58/59. Diese Maßregel fand allgemeine Anerkennung in der Versammlung. Es haben in 1878 60

combinierte Sitzungen des Vorstands und Ausschusses stattgefunden. Revisionen wurden 15 abgehalten und zwar 12 ordentliche (Monats-) Revisionen, zwei außerordentliche und eine Jahresrevision, letztere unter Buziehung von Mitgliedern. Betreffs der einzelnen Revisionen berichtet der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Peter, daß Bücher und Käse stets in bester Ordnung befunden worden sind. Ihm schließt sich hinsichtlich der Jahresrevision Herr Eisenbahn-Betriebs-Secretär Kröder an, derselbe beantragt, die Decharge zu erteilen. Dem Antrage wird entsprochen. Dem Rechenschaftsbericht entnehmen wir folgende Zahlen: Einnahme und Ausgabe begleichen sich mit M. 102,793,24. In der Bilanz sind enthalten unter a. Activa: Kassenbestand am 31. December 1878 M. 1712,02; Wechsel im Portefeuille M. 24,232; Mobilien M. 283. b. Passiva: Reservesonds M. 644,70; Geschäftsantheile (Guthaben) der Mitglieder M. 12,535,11; Spar-Einlagen M. 12,337,70 und Dividende M. 709,51. Summa der Activa resp. Passiva je M. 26,227,2. — Es traten 33 neue Mitglieder ein; durch Tod und freiwillig schieden aus 17, ausgeschlossen wurden 9, demnach Mitglieder am Jahresabschluß 154. — Das Guthaben der Mitglieder ist von M. 11,719,30 auf M. 12,535,11 gestiegen.

Die freiwilligen Spar-Einlagen haben sich um M. 1696,52 vermehrt. — In Vorschüssen wurden gewährt Mark 90,651, dagegen zurückgezahlt Mark 87,872,35, die aufkommenden Vorschüsse stiegen also um M. 2778,65. Die größte Zahl der Vorschüsse betrug unter 150 M., der höchste Vorschuß 1800 Mark. — Der Reservefonds steigt durch Dividende und Aufschreibungen von M. 673,98 des Vorjahrs auf M. 704,91. Das Gewinn- und Verlust-Konto weist in Einnahme 3372,62, darunter M. 2152,28 an Zinsen auf. Dieser Summe steht eine Ausgabe von M. 2663,11 gegenüber, darunter Mark 542,79 für an Vereinsgläubiger (Sparenleger) gezahlte Zinsen. Der Gewinn-Uberschuss von M. 709,51 gelangt laut Beschluss der Generalversammlung in einer Dividende von 8% zur Vertheilung. Die Dividende ist vom 1. Febr. ab zu erheben. — Der bisherige Zinsfuß (8% für neue Vorschüsse, 10% für Prolongationen) wird beibehalten. Für Spareinlagen, welche vor 3 M. aufwärts auch von Nichtmitgliedern angenommen werden, zahlt der Verein 4 bis 5 p.Ct. — Die Wahlen des Vorstandes und Ausschusses ergaben folgendes Resultat. Als Director erhielt Herr Particulier Groß 59 von 61 Stimmen. Die gleiche Stimmenzahl erhielten Schuhmachermeister Salzbrunn als Kassirer und Buchbindermeister Huhn als Buchhalter. Herr Goldarbeiter Thomas wurde mit 51 Stimmen als Stellvertreter erwählt. Zu Ausschusmitgliedern wurden wiedergewählt: Schneidermeister Bude, Graveur Fritzhoff, Schuhmachermeister Schröder. Dagegen neu gewählt: Seilermeister Krebschmar, Hauptmann a. D. Müller, Eisenbahn-Betriebssekretär Krocker, Schuhmachermeister Kloose, Schneidermeister Wolfgang und Tischlermeister Schilling. — Die Versammlung dankte dem bisherigen Director, Herrn Färbermeister Sowade — welcher eine Wiederwahl abgelehnt hatte — für seine bisherige unentgeltliche Thätigkeit. Das Andenken des verstorbenen Kassirer Hübscher wurde durch Aufstellen von den Blättern geehrt. Nach verschiedenen Mittheilungen schloß mit Verlesung des Protolls um 11½ Uhr die Versammlung.

x. Breslau, 23. Jan. [Der Verein kath. Lehrer] hielt am 21. d. Breitestraße 42 seine erste Sitzung in diesem Vereinsjahre. Nachdem die Coll. Amft und Schöne einstimmig als Mitglieder aufgenommen worden erstattete Coll. Haddenberg den Kassenbericht. Die zu Revisoren desselben gewählten Coll. Neumann I. und Blümel fanden die betreffenden Rechnungen und Beläge in vollkommen Ordnung und ertheilte der Verein deshalb nach Ratschreter Declarare. Desgleichen berichtete Coll. Müng I. in

Namens der Commission zur Revision der Acten und der Bibliothek des Vereins in protokollarisch durchaus günstiger Weise. Den betreffenden Beamten, sowie dem Comite, welche das Stiftungsfest so trefflich arrangirte, wurde von Seiten des Vereins durch den Mund des Vorsitzenden Dank gesagt. — Darauf wurde zur Vorstandswahl abgestimmt. Da nach dem § 7 der Statuten alle Mitglieder des Vorstandes mit Ausnahme des Liedermeisters und Buchwärts nur 2 Jahre in ihrem Amt bleiben können, so musste eine Neuwahl der beiden Vorsitzenden und Schriftführers stattfinden. Es wurden demnach gewählt: Rector Körner zum 1. und Rector Steuer zum 2. Vorsitzenden; Lehrer Schröter zum 1. und Lehrer Hertel zum 2. Schriftführer, sowie Lehrer Blümel zum Cassirer, da College Hackenberg die Wiederwahl ablehnte. Buchwart Ertel und Liedermeister Münch I. wurden wiedergewählt. Nachdem den bisherigen Vorsitzenden, Rector Deutschmann, sowie den übrigen Vorstands-Mitgliedern auf Antrag des Rector Steuer von Seiten des Vereins durch Erheben von den Pläzen für die aufgewendete Mühsalung in den resp. Amtern gedankt worden und der abtretende Vorsitzende noch herzliche Wünsche für das weitere Gedeihen des Vereins ausgesprochen hatte, wurde die Sitzung um ½ 10 Uhr geschlossen.

—ch. **Görlitz**, 22. Jan. [Pferdebahn project.] Die Stadtverordneten werden sich in ihrer nächsten Sitzung mit einem schon mehrfach berathenen Projecte beschäftigen, das für die Stadt selbst von Wichtigkeit ist, wenn es auch von einer Actiengesellschaft ausgeht und zunächst in deren eigenstem Interesse realisiert werden soll. Die Actiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahn-Material, vormals Lüders, hat in neuerer Zeit ihr früheres Project zur Verbindung der Fabrik mit der Berlin-Görlitzer Eisenbahn durch eine Pferde-Eisenbahn wieder aufgenommen. Die Eisenbahn verläßt das Fabrikgrundstück an der Baugenerstraße, zieht sich über diese und den unteren Theil der Leipzigerstraße hin bis zur Straße Nr. 3, welche sie bis zum Brautwiesentunnel verfolgt, um von hier auf dem Terrain der Berlin-Görlitzer Eisenbahn ansteigend, den Anschluß an die Bahnhofsgleise zu erreichen. In Berücksichtigung des bedeutenden Interesses, welches die Stadt daran hat, den jetzigen Transport der schweren Eisenbahnwagen aus den Straßen herauszuholzen und eine Gefahrlosigkeit vor Unfällen anderer Eisenbahn-Ver-

herauszubringen und eine Gelegenheit zur Anlage anderer Eisenbahn-Anschlüsse zu erlangen und weil durch diese Anlage der Stadt direkt Kosten nicht entstehen, hat der Magistrat an die Stadtverordneten den Antrag gestellt, die in einer Vorverhandlung der seitens der Actien-Gesellschaft Reichstags-Abgeordneter Lüders und Director Kellner und seitens des Magistrats Oberbürgermeister Gobbin und Stadtbaurath Kubale bewohnten, getroffene Vereinbarungen zu genehmigen. Danach gestattet die Stadtgemeinde die unentgeltliche Benutzung der berührten öffentlichen Straßen und Plätze. Das der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaft gehörige und zur Anlage der vorliegenden Eisenbahn nötige Terrain pagtet die Actien-Gesellschaft von der Berlin-Görlitzer Eisenbahn gegen seitlen Vertrag. Der Oberbau der Eisenbahn soll aus mindestens 15 cm hohen eichenen Schwellen, eisernen 130 mm hohen Vignol-Schienen mit Laichen-Verbindung und Unterlagsplatten auf den Stoßschwellen bestehen. In den Curven sind die Schienen zu biegen. An denjenigen Stellen, wo durch die Dammshütting die hölzernen Wasserleitungsröhren der Stadt berührt werden, sind diese seitlich der Actien-Gesellschaft durch entsprechend weite gußeiserne Röhren zu ersehen, welche hiernach überföhnt werden können. Der Actien-Gesellschaft wird ferner gestattet, alle in ihrem Terrain belegenen städtischen hölzernen Wasserleitungsröhren auf ihre Kosten durch entsprechend weite gußeiserne Röhren zu ersetzen. Die Schienen-Oberlante des Oberbau-Construction muss überall genau mit dem Straßengrundstück bündig liegen. Den Bau führt die Actien-Gesellschaft bis an die Straßengrenze der Hohenstraße auf eigene Kosten aus. Die Ausführung bis zu dieser Grenze braucht aber erst dann zu geschehen, wenn die Stadt ihrerseits die Anschlußstrecke zur Ausführung bringt. Die Dispositionen für den Bau, sowiet die öffentlichen Straßen und Plätze berührt werden, sind vorher mit der städtischen Bauverwaltung gemeinsam festzustellen. Die Actien-Gesellschaft ist verpflichtet, die Eisenbahn unter dem Bahndörper dedende Pflaster, d. h. also in der ganzen Breite, welche der Oberschwellenlänge entspricht, stets auf ihre Kosten in gutem Zustand zu unterhalten, auch in gleicher Weise die etwa nach dem Urtheil des Magistrats erforderlichen Umpflasterungen dieses Straßen-Streifens zu bewirken. Die Neupflasterung der Straßen und Plätze dagegen übernimmt die Stadtgemeinde auf ihre Kosten. Die gesamte Unterhaltungspflicht der städtischen Bahnstrecke von der Hohenstraße bis zur Gasanstalt liegt der Stadtgemeinde auf ihre Kosten ob. Der Stadtgemeinde bleibt das Recht vorbehalten, die Eisenbahn bis zur Gasanstalt und weiter auf ihre Kosten

vorbehalten, die Eisenbahn bis zur Gasanstalt und eben weiter auf ihre Kosten zu verlängern und nach ihrer alleinigen Auswahl unter denselben Vertrags-Bedingungen auch anderweitige Private zur Benutzung der Eisenbahn resp. zum Anschluß an dieselbe zuzulassen. Die Actien-Gesellschaft übernimmt den Betrieb für die ganze Bahn unter ihrer Garantie. Sofern die Stadt ihre Bahnstrecken angelegt hat und in Betrieb sezen will, findet über die von der Stadt und den Privaten zu zahlende Tarifgebühr für die Benutzung der Eisenbahn eine definitive vertragliche Vereinbarung statt. Vorläufig sind jedoch bereits Maximalsätze festge stellt, die sich bis zu einer Entfernung von drei Kilometer für 100 kg. bei ganzen Wagenladungen auf 2 Pf. und bei solchen Frachten, bei welcher die Ladungen der Tragfähigkeit der Eisenbahnwagen nicht entsprechen, auf 4 Pfennige belaufen. Diese Maximalsätze, die nur für Frachten in fallender Richtung gelten, sollen nach zwei Jahren revidirt werden können. Die leeren Eisenbahnwagen sind unentgeltlich zurückzufördern. Der Vertrag erlischt mit dem Aufhören des Fabrit, doch behält sich die Stadt das Recht vor, die Eisenbahn unter Zahlung des zeitigen Werths des Materials und des Terrains zu erwerben. Die Annahme der Vorlage kann als gesichert gelten.

* Bunzlau, 22. Jan. [Musikalisch.] Am 18. d. Ms. fand in der Aula des Gymnasiums zu Bunzlau das alljährlich stattfindende Concert zum Besten der Kaiser-Wilhelms-Stiftung statt. Zuhörer auch von Liegnitz waren im Auditorium vertreten. — Bei dieser Aufführung sehen wir un-
hauptlich veranlaßt, auf einen Cyclus von Liedern „Der Gesang
ein Begleiter durch's Leben“ für Soli, Chor, Clavierbegleitung und
verbindende Declamation, von Knauer, aufmerksam zu machen. Der decla-
matorische Theil ist durchweg neu redigirt und spricht — die kommenden Situa-
tionen wirksam vorbereitend — in edlen Worten zu Geist und Herz. Die Com-
position der Lieder, als in ihrer Grundstimmung vollkommen getroffen, auch
von Wien aus, sehr günstig beurtheilt, steigert sich fortgefeßt in ihrer Wirk-
lung und zeigt manngfaltige Glanzpunkte bei aller Einfachheit, weshalb für
Anstalten wie vorzugsweise Gymnäsien, warm empfohlen werden kann. —
Hörer sowohl wie die ausführende Gymnasialjugend gaben vollkommenes
Zeugniß ihrer freudigen Theilnahme.

H. Hainau, 22. Jan. [Tagesgeschichte.] In der gestern abgehaltenen ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten erstattete der seit herige Vorsitzende zunächst Bericht über die Thätigkeit während des verflossenen Geschäftsjahres, in welchem 13 Sitzungen abgehalten, 156 Vorlagen, 3 weniger als im Vorjahr, erledigt und einige in das neue Jahr übernommen wurden. Durchschnittlich war jede Sitzung von 19 Mitgliedern besucht. Hierauf schritt die Versammlung unter Vorsitz ihres ältesten Mitgliedes, Büchsenmacher Schmidt, zur Neuwahl des Bureaus und wurde Fabrikbesitzer Nobiling, der dieses Amt schon seit einer Reihe von Jahren vermalet, zum Vorsitzenden, an Stelle des Apotheker Kunzmann der Handschuhfabrikant Berthold zum Stellvertreter, Gerichts-Secretair, Rendant Schade zum Protokollführer und Versicherungsbeamte Werner als dessen Stellvertreter wiedergewählt, welche sich sämtlich zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl bereit erklärt. — Demnach vollzog sich die Einführung und Verpflichtung der drei wiedergewählten Rathmänner: Getreidehändler Kaiser, Particulier Kuduff und Kaufmann, Redacteur Raupach. — Hierauf beschloß die Versammlung die Ausführung der Fassade des in Angriff genommenen Stadthauses, nach der vorliegenden P. Weidert'schen Zeichnung, im Rohbau mit der Maßgabe, daß sämtliche Fenster in allen drei Etagen im Segmentbogenstil ausgeführt werden und ermächtigte die bisherigen Commissions-Mitglieder die Ausführung des Baues, analog diesem Beschlusse, zu überwachen. — Der bereits erwähnte ebenso bedauerliche als strafbare Vorfall bezüglich des Lehrers L. in dem benachbarten Bischofsdorf zeugt wiederum ebenso von der wirklich unerklärlichen Vertraulichkeit soviel Vieler, als andererseits die erschwindelten Gelder eine Höhe erreicht haben, die Bewunderung erregen muß, da diese allgemein als auf 20,000 Mark und darüber sich belaufend, bezeichnet werden, und die unmöglich schon zur Verwendung gelangt sein können. Wittichen, arme Beerenweiber, aber auch Capitalisten haben ihr Alles einem gewissenlosen Mann anvertraut, der Alle, auch Personen aus den höheren Ständen, seit vielen Jahren zu täuschen gewußt hat. War doch derselbe auch Standesbeamter — Trotzdem unsere Polizei-Verwaltung nunmehr gegen das Betteln und Bagabendenthum entschieden Front macht, sind während der letzten Tage durch Bettler im Hausslur oder Entreé wiederholt erhebliche Diebstähle

X. Neumarkt, 23. Jan. [Tageschronik.] Im hiesigen Gewerbeverein hielt Herr Dr. Cohn, Sohn des hier verstorbenen Kaufmann Hirsch

Cohn, einen interessanten Vortrag über Nerven und Nerventätigkeit. — Aus dem sächsischen Ministerium des Innern zu Dresden ist das ehrenvolle
Ersuchen an den Vorstand des hiesigen Heldschuhvereins eingegangen, die
Statuten u. s. w. dorthin zu senden, wegen? Begründung solcher Vereine
dasselbst. — Nach dem 18. Jahresbericht hiesiger grauen Schwestern sind
von denselben im Jahre 1878 170 Kranke versorgt worden, wovon 92 ge-
heilten, 54 gestorben, 12 erleichtert, 8 in Pflege verblieben und 4 in hiesiges
Krankenhaus aufgenommen worden sind, dem Religionsbedenktmäuse nach
waren es 104 Evangelische, 60 Katholiken und 6 mosaischen Glaubens.

Wüstewaltersdorf, 21. Jan. [Der Gerichts- und Gemeindebeschreiber-Verein] des Waldburger Kreises kam gestern in Reußendorf zusammen und begleitete seinen verstorbenen Rendanten und Vorstandsmitglied, den allgemein beliebten Gerichtsschreiber Gottschall von Reußendorf zur letzten Ruhestätte. Demnächst hält der Verein im Engel'schen Gasthause in Reußendorf eine Sitzung ab, wo vor Eintritt in die Tagesordnung der verstorbenen Vereinsmitglieder Gottschall-Reußendorf und Klapper-Pöhlitz durch den Vorsitzenden, Amtsvoistheber Eggers, in ehrenhafter Weise gedacht wurde. Die demnächstige Vorlesung des Protokolls der letzten Sitzung gab zu recht lebhaften Debatten wegen Rückgabe der Einkommensnachweisungen zu den Klassensteuer-Mollen Veranlassung. Es wurde aber beschlossen, weitere Schritte wegen dieser Rückgabe nicht zu thun, da es anzuerkannt werden mußte, daß auch das Landratsamt diese Nachweisungen fortwährend braucht, und wurde empfohlen, wo es möglich ist, ein Duplicat dieser Nachweisungen zu fertigen. — Ein Antrag, das Kreis-Gericht um Ueberlassung aller Auctionen nochmals zu ersuchen, wurde zurückgezogen, eine Anfrage, ob der Justizfiscus zur Bezahlung derjenigen Leute, welche bei Sectionen hilfreiche Hand leisten müssen, wurde in bejahendem Sinne beantwortet. Ferner wurde auf die Gefahr hingedeutet, welche daraus entsteht, wenn die Grund- und Gebäudebesitzer gezwungen werden, behuts besserer Klassensteuer-Veranlagung die Namen ihrer Hypothekengläubiger zu nennen und wurde hierbei auf § 6 der Instruction vom 29. Mai 1873 hingewiesen, welcher tieferes Eindringen in die Einkommens-Verhältnisse für unzulässig erklärt.

X. Leobschütz, 23. Jan. [Übryk-Affaire. — Ein Geisteskranker. — Stadtmauerthurm.] Zu dem Seitenstück der Barbara Übryk-Affaire, das in diesen Tagen an die Öffentlichkeit getreten, sei mitgetheilt, daß die wahnsinnige Marie Clemens aus Dittmerau in dem städtischen Kranken-
hause untergebracht ist, wo ihr die sorgfamste Pflege der Barmherzigen Schwestern, welche die Krankenpflege in demselben besorgen, zu Theil wird. Das beklagenswerthe Mädchen ist, wovon wir uns persönlich überzeugten, körperlich gebrochen und wird wohl kaum mehr auf die Beine gebracht werden. Und wenngleich sie lichte Augenblicke hat, so wird sie das klare Bewußtsein ebensoviel wieder gewinnen. Das körperliche und geistige Leiden des unglücklichen Geschöpfs hat es in einer Stärke und Art ergriffen, welche keine Hoffnung mehr lassen. — Ein anderer Geisteskranker in dem erwähnten Krankenhouse sprang am Sonntage in einem unbewachten Augenblick auf die Brüstung des Fensters seines Krankenzimmers, froh, noch ehe man es verhindern konnte, durch das obere Fenster, das man behufs Lüftung geöffnet hatte, und setzte sich in seiner höchst notdürftigen Bekleidung, die Füße herabhängend, auf den Rand des äusseren Fensters. Hier mußte der arme Mensch, einer grimmigen Kälte und der Gefahr, jeden Augenblick aus der bedeutenden Höhe des zweiten Stockwerks auf das Pflaster hinabzufürzen, längere Zeit verbleiben, da es nur möglich war, denselben von außen mittelst einer Leiter in Sicherheit zu bringen; in einem halb erstarnten Zustande wurde er in sein Krankenzimmer zurückgeschafft. — In unjerner aus der Schwedenzeit herrührenden Stadtmauer, welche die Stadt zum Theil noch einschließt, befinden sich noch einige alte Thürme, von denen der eine trotz seiner Baufälligkeit auf Anordnung der vorgezogenen Regierung seines historischen Werthes wegen der Stadt erhalten bleiben sollte. Die Stadtverordneten-Versammlung verweigerte jedoch, die auf 930 Mark verlangten Reparaturosten auf städtische Fonds zu übernehmen. Infolge dessen hat die Regierung nunmehr die Niederlegung des alten Thurms, der nicht den geringsten architektonischen Werth hat, genehmigt und den Abbruch desselben angeordnet, insoweit als mit der Baufälligkeit Gefahren verknüpft sind.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 23. Jan. [Börse.] Auch die heutige Börse trug eine sehr gedrückte Physiognomie und zeigten sich die gestern an dieser Stelle entwickelten Gründe noch ungeschwächt wirksam. Die Befürchtung, daß die aus dem südöstlichen Theile Europas nach Westen führenden Bahnen in ihrem Betriebe Störungen erfahren dürften, stand in den inzwischen eingetroffenen Nachrichten, daß der Verkehr auf den russischen Südwestbahnen bereits in Folge von ungeheueren Schneefällen eingestellt werden mußte, noch eine ungeahnte Verstärkung und gingen daher auch wiederum die Course von Galiziern und Franzosen nicht ganz unbedeutend zurück. Der Verkehr blieb auf das Neufest eingehärrt. Hin und wieder wurde auch schon mit der Prolongation begonnen, doch sind bestimmte Sähe kaum zu notiren. Die internationalen Speculationspapiere zeigten wesentlich niedriger ein und nur spätere Deckungsläufe hielten den weiteren Rückgang etwas auf. Von den österreichischen Nebenbahnen waren nur Rudolfsbahn fest. Die localen Speculations-papiere beteiligten sich wenig am Verkehr. Es notirten: Disconto-Commandit ultimo 126,50—126,75 bis 126,10—126,40. Laurahütte ultimo 63,25—63,50. Auswärtige Staats-Anleihen und Renten schlossen sich der auf dem Speculationsgebiete herrschenden Tendenz an und mußten durchweg nachgeben. Das

Geschäft selbst bewegte sich in engen Grenzen. Von russischen Wertpapieren gingen Russen, alte 82,50—60, neue 83,75—60, Orient II. 56,40—25 per Ultimo zu den vorbereiteten Coursen um. Russische Noten notierten per Ultimo 196,50—75—25, per Februar 197,25—50—25, Prämie 199,50/2,25. Deutsche und preußische Fonds weisen nur geringe Veränderungen auf. 4% Consols verloren 0,05 p.Ct. Kasseler Stadtanleihe ziemlich belebt. Inländische Prioritäten fest und gut belebt. Görlitzer C., Oberschlesische 4%ige, Halberstädter III. anziehend. Neueste Mainzer notierten 102 p.Ct. Österreichisch-Ungarische Prioritäten durchweg schwächer. Auch Gotth. nachgebend. Russische Prioritäten ziemlich behauptet, doch fast ohne Geschäft. Von den Eisenbahnen mussten rheinisch-westfälische Sachen in Folge mangelnder Geschäftslust durchweg nachgeben, ohne daß die Herabsetzungen von grösserer Bedeutung waren. Bergisch-Märkische wurden per Ultimo zu 75,50—75, Köln-Mindener zu 102—102,50 und Rheinische zu 105,75 gehandelt. Cassawerthe und kleine Bahnen wenig verändert und letztere meist etwas schlechter, östl. Südbahn erheblich. Von Stammprioritäten gaben Märkisch-Pojen, Ostpreußen und Görlitzer nach, wogegen Saalbahn eine nicht unerhebliche Besserung erfuhren. Rumänier verkehrten in weichender Richtung, Angebot blieb vorwiegend. Der Bankaktienmarkt lag brach. Einige Umsätze zu besseren Coursen vollzogen sich in Badische Bank, Hannoversche Bank, Lübecker Commerz, Posener Provinzial und Luxemburg. Abgaben drückten Petersburger Internationale, Leipziger Credit, Pommersche Hypotheken, Baseler Verein, Norddeutsche Grund, Deutsche Bank, Preußische Boden und Centralindustrie, Berliner Mällerverein ging zu 115 $\frac{1}{4}$ p.Ct. um. Montanwerthe traten nur schwach in Verkehr. Es gewannen Bonifacius, Hartort, Tarnowitz. Uebrignes vernachlässigt und theilweise niedriger. Von den übrigen Industriepapieren erholteten sich Gratweil, Magdeburger Gas und Schwarzkopff, wogegen Leopoldshall, Biehmarkt, Schlossbrauerei, Eckert, Centralstraße unter Angebot litten. Wechsel in der Mehrzahl nachgebend. Privatdisconto 3 p.Ct.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 388, Lombarden 113, Franzosen 417,50, Reichsbank 151,70, Disconto-Commandit 126,25, Laurahütte 63,40, Türken 11,25, Italiener 74,50, Oesterl. Goldrente 63,60, Ungarische Goldrente 71,75, Oesterl. Silberrente 54,40, do. Papierrente 53,10, 5% Russen 83,75, Köln-Mündener 102,50, Rheinische 105,70, Bergische 75,75, Rumänen 30,75, Russ. Noten 196,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 172,75 bez., do. Eisen.-Coup. 172,75 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. f. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Prioritäten 4,16 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City —, — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. f. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. comf-verl. —, — bez., Russ. Zoll 20,60 bez., Zer Russen —, —, Große Russ. Staatsbahn —, — bez., Russ. Boden-Credit —, — bez., Warschau-Wiener Comm. —, — bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —, — bez., Warschau-Terespol —, — bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligat. 20,36 bez.

London, 23. Jan. [Bankausweis.] Totalreserve 11,466,000 Pfd. St.
Notenumlauf 33,243,000 Pfd. St., Baarborrath 29,710,000 Pfd. St., Porte-
feuille 26,371,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 33,599,000 Pfd. St.,
Guthaben des Staatschages 8,972,000 Pfd. St., Notenreserve 11,426
Pfd. St.

Silber 50%, Bankeinzahlung 10,000

Berliner Börse vom 23. Januar 1879.

Fonds- und Geld-Course.	
Deutsche Reichs-Akt.	95,20 bz
Consolidirte Anleihe	104,80 bz
do. do. 1876	95,20 bz
Staats-Anleihe	95,10 bz
Staats-Schuldscheine	91,50 B
Präm.-Anleihe v. 1855	146,10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	102,20 bz
Berliner	101,70 bz
Pommersche	94,10 G
do. do. 1876	95,30 bz
do. do. 1876	102,80 bz
Posensche neue	95,25 bzG
Schlesische	87,00 G
Landschaft. Central	94,80 bz
Kur.-Neumärk.	96,00 bzG
Pommersche	95,90 B
Posensche	95,50 B
Preussische	95,50 bz
Westfäl. u. Rhein.	98,30
Sächsische	97,00 bz
Schlesische	97,30 bz
Badische Präm.-Anl.	123,00 bz
Bayrische 4% Anleihe	124,50 bz
Görl.-Mind.-Prämiensche	116,75 bz
Sächs. Rente von 1876	72,75 bzG
Zürich. 40 Thaler-Loose	243,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose	148,25 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,50 B	
Oldenburger Loose	149,50 bz

Wechsel-Course.	
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 4 168,85 bz
do. do. 1876	2 M. 4 167,83 bz
London 1 Lstn.	3 M. 4 20,28 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 3 80,20 G
Petersburg 100 SR.	3 M. 6 196,40 bz
Warschau 100 SR.	8 T. 6 195,90 bz
Wien 100 L.	8 T. 4 173,30 bz
do. do. 1876	2 M. 4 172,00 G
Jacutien —	Dollars 4,18 G
Sover. —	Oest. Bku. 173,40 bz
Mepoleon 16,19 bz	do. Silberg. Russ. Bku. 196,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1877	1878
Aachen-Maastricht	1/2	1/4
Berg.-Märkische	3/8	1/2
Berlin-Anhalt.	5/8	1/2
Berlin-Dresden.	0	0
Berlin-Görlitz.	0	0
Berlin-Hamberg.	11/2	1/2
Berl.-Post-Magdeburg	3/12	1/4
Berl.-Stettin	7/10	5
Böhni. Westbahn	5	5
Bresl.-Freib.	24/2	1/2
Cöln. Minden.	5/12	1/2
Dux-Bodenbach.	0	0
Gal.-Carl-Ludw.-B.	9/27	1/2
Halle-Sorau-Gub.	0	0
Hannover-Altenb.	0	0
Kaschau-Oderberg	4	4
Kronpr. Badolphi.	5	5
Ludwigsb.-Betz.	9	4
Mark.-Posener	0	0
Magdebg.-Halberst.	8	4
Mainz-Ludwigs.	5	4
Niederschl.-Mark.	4	4
Oberschl. A. C. D. B.	1/2	1/2
do. B.	8/12	1/2
Oesterl.-Fr. St. B.	6	4
Oest. Nordwestb.	4,15	1/2
Ost.Süd.(Lomb.)	0	0
Ostpreuss. Südb.	9	4
Rechte-O.-U.-B.	6/13	1/2
Reichenberg-Pard.	4	4
Rheinische	7	4
do. Lit. B. (40% gar)	4	4
Rhein.-Nasse-Bahn	0	0
Rumän. Eisenbahn	2	4
Schweiz Westbahn	0	0
Stargard - Posener	41/2	1/2
Thüringer L. A.	7/2	4
Waßrsch.-Wien.	5	4

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden.	0	5
Bresl.-Warschan.	0	5
Halle-Sorau-Gub.	0	5
Hannover-Altenb.	0	5
Kohlfurt-Falken.	0	5
Märkisch-Posener	41/2	5
Magdebg.-Halberst.	31/2	31/2
do. Lit. O.	5	5
Ostpr. Südbahn.	5	5
Bechte-O.-U.-E.	6/13	5
Rümäni.	8	8
Saal-Bahn	0	5
Weimar-Gera.	0	5

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-B.	1/4, 1/4, 1/4, 1/4
do. do. 1/4, 1/4, 1/4	54,56 bzB
do. Goldrente	54,46 G
do. Papierrente	63,75 bz
do. 54er Präm.-Anl.	53,30 etbzG
do. Lott.-Anl. v. 65	100,50 bzG
do. 4% do. m. 110	92,75 bzG
Meiningen Präm.-Pfd.	108,75 G
Pfd. d. Ost-Bd.-Cr. G.	95,50 bz
Schles. Bodenr.-Pfd.	95,50 bz
do. do. 41/2% 41/2%	95,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	103,00 G
do. do. 41/2% 41/2%	99,70 G

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden.	0	5
Bresl.-Warschan.	0	5
Halle-Sorau-Gub.	0	5
Hannover-Altenb.	0	5
Kohlfurt-Falken.	0	5
Märkisch-Posener	41/2	5
Magdebg.-Halberst.	31/2	31/2
do. Lit. O.	5	5
Ostpr. Südbahn.	5	5
Bechte-O.-U.-E.	6/13	5
Rümäni.	8	8
Saal-Bahn	0	5
Weimar-Gera.	0	5

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	2	—
Anglo Deutsch-Bk.	2	—
Berl. Kassen-Var.	84/15	89/10
Berl. Handels-Bk.	6	—
Brl. Prud.-u. Hdla.-Bk	6	—
Braunschw. Bahn.	3	—
Bresl. Disc.-Bank	3	—
Coburg. Cred.-Bnk	5	—
Danziger Priv.-B.	0	—
Darmst. Creditb.	6/14	—
Darmst. Zettelb.	5/4	—
Deutsche Bank.	6	—
do. Reckbank.	6,29	—
do. Hyp.-B. Berlin	7/12	—
do. Lott.-Anl. v. 65	15,00 G	
do. 50% Pfd. Kalkb. m. 110	74,80 G	
do. 4% do. m. 110	92,75 bzG	
do. do. 23,10 G	108,75 G	
do. do. 1869	101,90 G	
do. do. 1873	92,20 bz	
do. do. 1874	41/2	
do. do. 1875	100 G	
do. do. 1876	101,25 G	
do. do. 1877	103,60 G	
do. do. 1878	105,20 G	
do. do. 1879	107,50 bz	
do. do. 1880	109,00 bz	
do. do. 1881	104,10 bzG	
do. do. 1882	103,30 bz	
do. do. 1883	102,60 bz	
do. do. 1884	101,90 G	
do. do. 1885	101,25 G	
do. do. 1886	100,50 bz	
do. do. 1887	99,75 G	
do. do. 1888	99,00 G	
do. do. 1889	98,25 bz	
do. do. 1890	97,50 G	
do. do. 1891	96,75 G	
do. do. 1892	96,00 G	
do. do. 1893	95,25 G	
do. do. 1894	94,50 G	
do. do. 1895	93,75 G	
do. do. 1896	93,00 G	
do. do. 1897	92,25 G	
do. do. 1898	91,50 G	
do. do. 1899	90,75 G	
do. do. 1900	90,00 G	
do. do. 1901	89,25 G	
do. do. 1902	88,50 G	
do. do. 1903	87,75 G	
do. do. 1904	87,00 G	
do. do. 1905	86,25 G	
do. do. 1906	85,50 G	
do. do. 1907	84,75 G	
do. do. 1908	84,00 G	
do. do. 1909	83,25 G	
do. do. 1910	82,50 G	
do. do. 1911	81,75 G	
do. do. 1912	81,00 G	
do. do. 1913	80,25 G	
do. do. 1914	79,50 G	
do. do. 1915	78,75 G	
do. do. 1916	78,00 G	
do. do. 1917	77,25 G	
do. do. 1918	76,50 G	
do. do. 1919	75,75 G	
do. do. 1920	75,00 G	
do. do. 1921	74,25 G	
do. do. 1922	73,50 G	
do. do. 1923	72,75 G	
do. do. 1924	72,00 G	
do. do. 1925	71,25 G	
do. do. 1926	70,50 G	
do. do. 1927	69,75 G	
do. do. 1928	69,00 G	
do. do. 1929	68,25 G	
do. do. 1930	67,50 G	
do. do. 1931	66,75 G	
do. do.		